

# Für eine wirkliche Teilhabe von Senioren

Veranstaltung „Älter werden - aktiv bleiben - Seniorenmitwirkung in Thüringen“

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag und die Senioren-AG der Landespartei DIE LINKE laden ein zur Veranstaltung „Älter werden - aktiv bleiben - Seniorenmitwirkung in Thüringen“, die am Donnerstag, den 25. Juni, im Erfurter Landtag stattfindet.

Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen und Vorstellungen. Alte Menschen sind heute gesünder und aktiver als früher. Ihre Lebenserwartung ist gestiegen und mit einem Zugewinn an aktiven Jahren verbunden.

Wir müssen als LINKE Debatten zu einem selbstbestimmten Leben in Würde und mit sozialer Teilhabe fortsetzen. Entscheidend ist es, den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen und Altersdiskriminierung zu bekämpfen, ob es dabei um die Abrechnungssysteme in der Pflege geht oder um den Umgang mit Hochaltrigen und Schwerkranken.

Menschen, die am Ende ihres Lebens von der Hilfe und Unterstützung anderer abhängig sind, müssen mit Respekt behandelt werden. Dieser Aussage werden wohl die meisten zustimmen – sie ist jedoch im Alltag des Personalmanagements in Krankenhäusern und Pflegeheimen, minutengenauem Abrechnungssystem bei der Pflegeversicherung und der Überforderung von Angehörigen nicht immer leicht umzusetzen.

Hier gilt es, eine gesellschaftliche Diskussion über Werte und darüber zu führen, welche Bedingungen vonnöten sind, um diesen Respekt auch leben zu können, z. B. angeregt von Seniorenbeiräten oder Seniorenbeauftragten, die sich nicht damit abfinden, bei kommunalen Fragen immer nur dann berücksichtigt zu werden, wenn es um barrierefreien Wohnraum geht, sondern sich in Stadtentwicklung, Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik einmischen.

Um diese Strukturen zu stärken, brauchen wir ein echtes Seniorenmitbestimmungsgesetz, das eine wirkliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ermöglicht und diese im gesellschaftlichen und politischen Raum zu Wort kommen lässt – die im gültigen Gesetz formulierte Mitwirkung reicht uns nicht. Hier wollen wir als LINKE auch den Landesseniorenrat stärken. Dieser soll zum einen den stetigen

Austausch zwischen Seniorenorganisationen und Politik gewährleisten, als auch zu einem wirklichen Beratungsinstrument der Landesregierung weiterentwickelt werden.

**Öffentliche Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und der Senioren-AG DIE LINKE. Thüringen am 25. Juni in der Zeit von 10.00 bis 14.30 Uhr im Thüringer Landtag, Raum 101, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Erfurt**

**Begrüßung:** Margit Jung, Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

**Grußworte:** Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE, Ines Feierabend, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
**Hauptreferat:** Dr. Jan Steinhausen, Geschäftsführer der Landesseniorenvertretung Thüringen „Die Seniorenmitwirkung in Thüringen“

**Diskussion**  
**Schlusswort:** Wolfgang Albold, Vorsitzender LINKE-Senioren-AG

## Diskriminierende Vorschriften überarbeiten

„Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Problem des Ausschlusses von homosexuellen Männern von der Blutspende weist in die richtige Richtung, aber weitere konkrete Antidiskriminierungsarbeit bleibt auch bei diesem Thema dringend notwendig“, hatte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion, zum Richterspruch vom 30. April gesagt.

„Das Urteil stellt klar, dass ein ‚Generalverbot‘ eine unzulässige Diskriminierung darstellt, und es verpflichtet die Gesetzgeber und Behörden auf Ebene der EU-Mitgliedsstaaten zu einem besonders verantwortungsvollen Umgang mit diesem Gestaltungsspielraum des Urteils. Auch Bund und Länder in Deutschland sind damit aufgefordert, das Verbot auf den Prüfstand zu stellen. Es muss eine Lösung herauskommen, die zwar soviel Schutz wie nötig, aber für Schwule so viel Handlungsfreiheit wie möglich bietet.“ Es sei nun notwendig, unter Hinzuziehung von Interessensvertretungen und Sach- und Fachverstand, die diskriminierenden Vorschriften zu überarbeiten. „Die Situation in Deutschland sollte sich dem Modell der Länder anpassen, die schon vor dem EuGH-Urteil bewusst auf ein solches Verbot verzichtet haben“, so die LINKE-Gleichstellungspolitikerin, die ankündigte, dass sich die Fraktion mit eigenen Vorschlägen an der Reform beteiligen wird. ■

## „Gegen die Verdrehung der Geschichte“

(Fortsetzung von Seite 6, Zuschrift von Ute Hinkeldein)

„Professor Dr. Norbert Frei von der Friedrich-Schiller-Universität Jena begann seine Festrede mit zwei Bildbetrachtungen, die er symbolhaft für die ‘Epoche 1945’ fand.“

Das eine Bild zeigt seiner Meinung nach einen kaum erkennbaren Sowjetsoldaten, wie er die rote Fahne des Kommunismus und des Stalinismus hisst. Das andere Bild zeigt das NSDAP-Reichstagsgebäude in Nürnberg. Davor steht ein pfiffiger GI (amerikanischer Soldat), der den Hitlergruß zeigt und dabei grinst. Damit hätte er die politische Situation gut erfasst, meinte Professor Dr. Frei.

Natürlich darf und kann man subjektive Bildbeschreibungen anstellen, aber das hat mit einer wissenschaftlich fundierten Geschichtsbetrachtung wenig zu tun. Die Frage wäre auch, ob so etwas in eine Gedenkrede gehört. Der ganze Vortrag hat geschickt ein objektives Geschichtsbild ummantelt. Sehr clever für das Schwarz-Weiß-Raster in seinem persönlichen Zeitfenster.

Es ist der Stil unserer Zeit, der mir schwer im Magen liegt. Deshalb war ich auch nicht mehr in der Lage, am nachfolgenden Stehbuffet und den Gesprächen teilzunehmen.

Was mich umtreibt ist die Angst, dass solche Geschichtsbilder zur Wurzel werden könnten, für die erneute Erlangung der Staatsmacht durch Neo-

nazis. Ganz zum Schluss noch ein wunder Punkt, Herr Carius begrüßte alle anwesenden Gruppen und Gruppierungen, beginnend mit den Vertretern der Bundeswehr und der westlichen Alliierten. Nur die 25 Vertreter der Thüringer Friedenskoordination wurden vergessen. Waren sie nicht willkommen? Wusste er von unserer Anwesenheit nichts? Wie auch immer!

Haltet mich für kleinlich, aber an solchen Gesten erkennt man geistige Haltungen, unter denen schon Kurt Tucholsky litt. 2015 hat er seinen 125. Geburtstag. ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Tollhaus AfD

Der Wirtschaftsflügel der AfD löse sich auf, denn „er glaubt nicht daran, dass der rechte Durchmarsch noch zu stoppen ist“. So heißt es am 18.5. in der FAZ, die hinsichtlich des nationalen Konservatismus sonst nicht zimperlich ist. Denn gemeint ist der AfD-Flügel, den man in den Medien gemeinhin als „nationalkonservativ“ bezeichnet. Hier ist die FAZ diesmal begrifflich genauer.

Die AfD habe „ein Personal angezogen, das den Parteianamen im nationalistischen Sinn versteht“, wird in dem Artikel analysiert. Er bezieht sich auf den Rücktritt eines AfD-Kreisvorsitzenden: „Die Abgrenzung nach rechts wurde nie durchgesetzt“, sagt der Mann, der wegen Kritik an Merckels Eurokurs zur AfD stieß, resigniert.

Als Protagonist des – bleiben wir dabei – rechten Flügels ist Björn Höcke zu nennen, Landes- und Fraktionsvorsitzender in Thüringen. Höcke steht nicht nur sehr weit rechts. Seine Toleranz reicht nicht einmal bis zu den Grenzen der eigenen Fraktion. Die vermitelt das Bild eines Tollhauses. Ein Abgeordneter ist ausgeschlossen, zwei haben Bewährung ohne Zugang zu Interna (was immer das heißt). Gegen einen weiteren wird ermittelt; er soll intimes Videomaterial einer Frau ohne deren Einwilligung ins Internet gestellt haben. Der AfD-Bundesvorstand wiederum will die Amtsenthebung von Höcke als Landeschef, wegen relativierender Äußerungen über die NPD...

Dessen Destruktivität wird sogar vom eigenen Parteinauwuchs kritisiert. Die Rumpffraktion versteht sich unterdessen offenbar als Handlanger bei Höckes Kurs auf der Welle rechten Größenwahns. Ein Gemaßregelter spricht von „Willkür“, er sollte dringend prüfen, was die Geschäftsordnung überhaupt dazu sagt. Falls die AfD-Fraktion eine solche besitzt, die nicht nur Björn Höcke heißt. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

**Herausgeber:**  
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**  
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.